

Eines der vier Foren der Frauenarmutskonferenz



Frauenarmutskonferenz fordert landespolitisches Querschnittsprogramm gegen Frauenarmut

›Bremen packt den Pakt an!‹

›Es geht um die Ursachen, die dazu führen, dass Frauen noch immer häufiger arm sind, als es ihrem Bevölkerungsteil entspricht‹ – so die Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe zu Beginn der Frauenarmutskonferenz, die ihr Haus im Juni in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer in der Bremischen Bürgerschaft veranstaltete. Die Ursachen auf den unterschiedlichsten Ebenen zu finden, vor allem aber die passenden ›Stellschrauben‹ und Vorschläge zur Bekämpfung von Frauenarmut, dies hatten sich mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Fachtagung vorgenommen.

Nach einer Untersuchung der Bundesregierung waren im Jahr 2004 14,4 Prozent der Frauen arm – aber nur 12,6 Prozent der Männer. Auf eine Ursache hatte in seinem Grußwort der Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Dr. Hans Endl hingewiesen: ›Bei unseren Mitgliedern stellen Frauen die übergroße Mehrheit bei den prekären Arbeitsverhältnissen. Mehr als 60 Prozent der Beschäftigten bei den Minijobs sind weiblich. Im Niedriglohnbereich stellen sie sogar 70 Prozent.‹ Daher ist es an der Zeit, ›dass nicht nur über Einzelmaßnahmen gesprochen wird, sondern über die verschiedenen Teile, die in der Summe die Benachteiligung von Frauen ausmachen‹, so Endl weiter.

In vier Foren ging es um Fragen der Ausbildung und den Übergang in den Beruf, um die Situation von Müttern, um Fragen von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung sowie der Alterssicherung von Frauen.

Prof. Karin Gottschall von der Universität Bremen legte dar, dass Mädchen in der Regel zwar höhere Bildungsabschlüsse haben, doch die Erwerbsbiografien von Frauen verlaufen oft anders als die von Männern. Das beginnt bereits mit der Berufs-

wahl: wer in der Pflege arbeitet, als Arzthelferin oder Friseurin hat nur wenig Aufstiegsmöglichkeiten und niedrigere Verdienste als in den klassischen handwerklichen und technischen Ausbildungsberufen. ›Wieso ist die Arbeit am Pkw eigentlich mehr wert, als die Arbeit am Menschen?‹, fragte daher provokativ auch die Leiterin der Bremerhavener Gleichstellungsstelle Anne Röhm. ›Auch Gewerkschaften und Sozialstaat haben ihren Teil dazu beigetragen, dass Dienstleistungsarbeit in Deutschland im Vergleich unterbewertet ist‹, kritisierte Prof. Gottschall. So werde das klassische Bild der Zuverdienerehefrau zementiert. Hinzu kommen Unterbrechungen der Erwerbsbiografie durch Kindererziehung, Pflege und Teilzeit – alles zentrale Merkmale weiblicher Beschäftigung.

Hartz IV war ein Rückschritt für Frauen, so die einhellige Meinung der Teilnehmerinnen. Über das Konstrukt der ›Bedarfgemeinschaft‹ sind viele Frauen aus der Arbeitslosenstatistik herausgefallen. Sie erhalten keine Leistungen, der Druck, sie in Arbeit zu vermitteln ist nur gering. Zudem entstehen Lücken in den Rentenanwartschaften, die Alterssicherung reicht nicht. Zwar haben sich einige wenige Punkte bei den Rentenregelungen für Mütter in den vergangenen Jahren auch gebessert, doch eigenständige Frauenrenten liegen im Durchschnitt weit unter denen der Männer, sagte Prof. Ute Klammer von

der Universität Duisburg-Essen, die gerade in die Gleichstellungskommission der Bundesfamilienministerin berufen worden war.

Zwei zentrale Forderungen kristallisierten sich im Lauf der Konferenz heraus: Eine Enquête auf der Ebene des Bundestages sei notwendig, um die Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme auch unter Gender-Aspekten zu untersuchen. Denn viele Gesetze orientieren sich an männlichen Biografien, die mit Lebenswirklichkeiten von Frauen nichts zu tun haben.

›Wieso ist die Arbeit am Pkw eigentlich mehr wert, als die Arbeit am Menschen?‹

Bremen möge den Anstoß zu einer solchen Enquête geben, so der Wunsch der Teilnehmerinnen.

Aber auch Möglichkeiten auf kommunaler und auf Landesebene wurden ausgelotet, so wurde unter anderem ganz konkret die Akademisierung der Erzieherin-Ausbildung gefordert, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kita-Beschäftigten und eine Schulung der Mitarbeiter von Bagis und Arbeitsagentur für eine verbesserte Beratung und Betreuung ihrer Klientinnen.

Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter hatte schon in ihrem Eingangreferat auf die Notwendigkeit von arbeitsmarktpolitischen Programmen hingewiesen. Das müsse die Basis sein für ein weitergehendes Querschnittsprogramm, so die zweite zentrale Forderung des Fachtags. Bremen solle sich auf den Weg machen und ein landespolitisches Querschnittsprogramm zur strategischen und inhaltlichen Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik entwickeln.

Die frühere Niedersächsische Frauenministerin Heidi Merk und Prof. Hildegard Nickel von der Humboldt-Universität forderten Bürgermeister Jens Böhrnsen in einem abschließenden Werkstattgespräch auf, ›mutig voranzuschreiten‹. ›Bremen packt den Pakt an‹, das wäre eine gute Meldung, so Heidi Merk.

■ Beiträge und Forderungen finden Sie unter:

www.frauen.bremen.de/aktuelles und www.frauenseiten.de

Carola Bury ■ Referentin für Gesundheitspolitik

›Wer sich über das Weltklima verständigt, müsste sich auch über eine verbesserte Lage der Frauen verständigen können‹ ...

Gespräch mit Heidi Merk bei der Konferenz ›Programmierte Frauenarmut?‹ in Bremen

Heidi Merk war von 1986–2007 Landtagsabgeordnete der SPD im Niedersächsischen Landtag, ab 1990 Niedersächsische Justiz- und Europaministerin, von 1998 bis 2000 Ministerin für Frauen, Arbeit, Soziales, Bau und Gesundheit. Sie ist Mitglied in vielen Vereinen und seit 2008 Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes Deutschland.

BAM: Frau Merk, Sie sind seit über 30 Jahren politisch aktiv. Wie hat sich die Welt für Frauen in dieser Zeit verändert?

Merk: Die gesamte Bandbreite aller Frauen berührende Fragen ist stärker in die Öffentlichkeit gerückt – die Themen werden nicht mehr belächelt. Die Politik nimmt sich zunehmend der Themen an, wenngleich sie noch nicht für alle Lösungen parat hat. Es werden Programme entwickelt, die es den Frauen erleichtern, Kinder, Karriere und Küche miteinander zu verbinden. Was aber fehlt, ist die feste Einsicht bei Männern, dass diese



Heidi Merk

ihren Teil zu tragen haben und im Rahmen von Familie mehr Eigenbeiträge erbringen müssen.

BAM: Unsere Sozialsysteme sind im Wandel. Wo sehen Sie zukünftig Probleme für Frauen?

Merk: Der Staat kann die möglichen zukünftigen Probleme von Frauen erheblich minimieren, wie wir das in anderen europäischen Ländern ja sehen: Die ungleichen Renten lassen sich nur nivellieren, wenn alle Möglichkeiten durch den Gesetzgeber ausgeschöpft werden, Kindererziehung und Beruf zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Entsprechende Faktoren müssen dies in der Rente honorieren.

BAM: Wird Altersarmut ein eher weibliches Problem?

Merk: Altersarmut war auch früher bereits weiblich. Aber der Trend zur Altersarmut wird sich noch verschärfen, wenn Frauen weiterhin stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ein niedrigeres Lohnniveau erreichen als Männer bei gleicher Tätigkeit und wenn sie ebenso Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Kindererziehungszeiten haben.

BAM: Müssen Frauen umdenken?

Merk: Viele Frauen denken bereits anders, ihre Antwort ist: keine Kinder.

Nein, es müssen alle in unserer Gesellschaft umdenken. Zunächst richten sich solche Prozesse selbstverständlich an die Frauen und die Ehen oder Lebensbeziehungen in denen Kinder großgezogen werden. Hier gilt: alles muss hälftig gelöst werden, also Erziehung, Haushalt und Arbeit.

Die Betriebe und Unternehmen müssen ebenfalls umdenken. Was kann ich tun, um meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken, um die Arbeitskraft zu binden und doch Familie zu ermöglichen. Das sind vielfältige Schritte: sie reichen von Aus- und Fortbildung über Kinderbetreuung, Unterlassung von Benachteiligungen aller Art bei den Erziehenden bis zur Atmosphäre im Betrieb zugunsten von Erziehenden.

BAM: Was tun, wenn die realen Lebenswelten der Frauen nicht mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen übereinstimmen? Und Frauen noch immer diejenigen sind, die auf die berufliche Karriere zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verzichten?

Merk: Wenn jeder und jede seines Glückes Schmied ist, dann werden wir die angesprochenen Bedingungen für Frauen allein nicht ändern. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft müssen sich mehr dazu verstehen, eine moderne Gesellschaft nicht nur im technischen Bereich zu haben, sondern in allen Bereichen des Lebens. Schrumpfende Gesellschaften brauchen neue Plattformen zur Entwicklung klarer Ziele, an denen alle mitwirken. Da liegt die Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik, die nicht in Klein-Klein agiert, sondern nachhaltige Modelle im 21. Jahrhundert gemeinsam mit den genannten Akteuren entwickelt. Wer sich über das Weltklima verständigen kann, sogar mit der Autoindustrie, müsste sich auch über eine verbesserte Lage der Frauen verständigen können.

Fragen ■ Carola Bury, Referentin für Gesundheitspolitik